

„Schwarze Pädagogik“ mit braunen Schatten

Das Fallbeispiel „Landesfürsorgeheim Glückstadt“ und die Wanderausstellung „FÜR.SORGE.ERZIEHUNG Erzählen – Erinnern – Verantworten. Zur Geschichte der Fürsorgerziehung in Schleswig-Holstein 1945–1975“

35 Jahre nach Schließung des „Landesfürsorgeheims Glückstadt“ konfrontiert eine landesweit gezeigte Wanderausstellung erstmals eine breite Öffentlichkeit mit der Praxis staatlicher „Fürsorge“ der frühen bundesdeutschen Nachkriegsjahrzehnte, wie sie auch für Schleswig-Holstein zu konstatieren ist. Die für dieses Landesfürsorgeheim – maßgeblich aus der Perspektive der ehemaligen Zöglinge – geschilderten Zustände offenbaren nicht nur die seinerzeitigen pädagogisch verheerenden und menschenverachtenden „Erziehungs“-Methoden.

Seitdem frühere Zöglinge dieser Einrichtung mit ihren Erfahrungen und Erinnerungen eine öffentliche Debatte in Schleswig-Holstein angestoßen haben, stand zugleich der Vorwurf im Raum, dass sich die inhumane Praxis dieses Heims aus einer erschreckenden Kontinuität nach seiner Verwendung als Landesarbeitsanstalt und insbesondere als NS-Konzentrations- und Arbeitslager¹ heraus erkläre. Auch diesen

speziellen Aspekt der einstigen Glückstädter Einrichtung haben die Ausstellungsmacher ins Blickfeld genommen.

Die Vorgeschichte der Ausstellung führt zurück zu den bundesweiten Debatten und Veröffentlichungen über die Heimerziehung in den 1950er und 1960er Jahren,² die zur Folge hatten, dass sich Ende 2006 auch der Petitionsausschuss des Bundestags mit den Forderungen der ehemaligen Heimzöglinge nach Rehabilitation und Entschädigung befasste.

Nachdem Zeitungsberichte speziell zum früheren „Landesfürsorgeheim Glückstadt“³ auch in Schleswig-Holstein zu Reaktionen ehemaliger Zöglinge und weiteren öffentlichen Debatten geführt hatten, wurde in einem ersten Gespräch zwischen seinerzeitigen Glückstädter Heimzöglingen und der damaligen Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Dr. Gitta Trauernicht, Mitte 2007 die Einrichtung

1. Siehe dazu: Reimer Möller, „Schutzhaft“ in der Innenstadt. Das Konzentrationslager Glückstadt 1933/34. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 50 (2008), S. 96-111.

2. Vgl. zusammenfassend: Christian Schrapper, Zur aktuellen Debatte um ehemalige „Heimkinder“ und die Zustände in westdeutschen Fürsorgerziehungsanstalten in 1950er und 1960er Jahren. In: Dialog Erziehungshilfe 2/2007, S. 56 – 59.

3. Siehe z. B. den Bericht von Tanja Nissen, „Wenn du nicht brav bist, kommst du ins Heim“. In: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag, 30.5.2007.



Begehbare Dokumentation: die Wanderausstellung zur Fürsorgeerziehung in Neumünster

eines „Runden Tisches“ vereinbart, der in der Folge zweimal zusammenkam.⁴

Auf diesen Treffen wurden – nach intensiver Bestandsaufnahme – einerseits Fragen nach der Entschuldigung und Möglichkeiten der Entschädigung der Opfer staatlicher Erziehung beratschlagt. Zum anderen wurde eine wissenschaftliche Aufarbeitung beschlossen, die

exemplarisch auch für andere staatliche und nichtstaatliche Heime in Schleswig-Holstein Konzeption und Praxis der Fürsorgeerziehung im „Landesfürsorgeheim Glückstadt“ untersuchen sollte. Darüber hinaus wurde den ehemaligen Heimzöglingen im Rahmen der Runden Tische eine Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit und zur Einsicht ihrer Akten eingeräumt.⁵ Für die wissenschaft-

4. Vgl. die Dokumentationen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein und der Universität Koblenz-Landau, „Runder Tisch mit ehemaligen Fürsorgezöglingen aus dem Landesfürsorgeheim Glückstadt vom 19.1.2008“, veröffentlicht unter: www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/638858/publicationFile/rundertisch1glueckst.pdf, und vom 15.11.2008, veröffentlicht unter: www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/821462/publicationFile/rundertisch2glueckst.pdf (Sept. 2010).

5. Im Nachhinein zeigte sich, wie sehr insbesondere das Zugeständnis zur Akteneinsicht Anlass zu Verärgerung und Klage auf Seiten der Opfer gab: So hätten die vom Sozialministerium extra abgestellten Ansprech- und Beratungspartner, die Referenten Hartmut Schüler und Dieter Bökel, im Weiteren der Segeberger Landrat a.D. Georg Gorrissen, nie vertrauensvoll und – wie zugesichert – „auf Augenhöhe“ mit den ehemaligen Zöglingen zusammengear- ->



Bild, Text, Ton: Jeder der neun Raumquader bietet auch Audio-Dokumente an



Klarer Fokus: Die Einzelthemen sind anschaulich und präzise erläutert

liche Aufarbeitung konnte der Leiter des Instituts für Pädagogik an der Universität Koblenz, Prof. Dr. Christian Schraper, gewonnen werden, der sich durch zahlreiche sozial-pädagogische Projekte zu vergleichbaren Themen empfahl und sich darüber hinaus bereits mit historischen Ausstellungen zur Heimerziehung profiliert hatte.

Nach der Vorstellung einer Projektkonzeption wurde Schraper als Leiter einer fünfköpfigen Projektgruppe „Fürsorgeerziehung 1945 bis 1975“ von Landtag und Landesregierung mit der Erstellung einer Studie sowie der Erarbeitung geeigneter Veröffentlichungen zum „Landesfürsorgeheim Glückstadt“ beauftragt. Die projektierten Arbeiten sollten im Folgenden auf der systematischen Recherche aller erreichbaren Quellen fußen: An zentraler Stelle standen jedoch die subjektiven Erinnerungen der ehemaligen Zöglinge an die Lebens- und Arbeitsverhältnisse im „Landesfürsorgeheim Glückstadt“, die durch Zeitzeugen-Interviews zunächst erhoben werden mussten. Die Erfassung der „objektiven“ Ereignisse und Abläufe, der Strukturen, Personen und Organisationen von der Vorgeschichte über die

Gründung bis zur Schließung des „Landesfürsorgeheims“ wiederum hing von der Überlieferung einschlägiger Materialien in den Archiven ab.

Nachdem im Mai 2007 in dem erwähnten landesweit veröffentlichten Artikel⁶ das Sozialministerium dahingehend zitiert wurde, dass über das „Landesfürsorgeheim Glückstadt“ keine Akten mehr existierten, da eine entsprechende Aufbewahrungsfrist abgelaufen sei, erinnerte sich Erich Koch, ehemaliger Mitarbeiter des IZRG und ausgezeichnetes AKENS-Mitglied,⁷ eines Besseren.

Doch der Reihe nach: Aus seiner Zeit als Mitarbeiter des Landeserziehungsheims Paulihof in Schleswig war Erich Koch bekannt, dass im Keller des Heims große Aktenbestände aus mehreren staatlichen Erziehungsheimen Schleswig-Holsteins lagerten, darunter auch aus dem „Landesfürsorgeheim Glückstadt“. Trotz seiner wiederholten Hinweise auf den Wert dieses Bestandes beließ das Landesarchiv Schleswig-Holstein die Akten, die gelegentlich auch immer noch gezogen wurden, in diesem „Außenmagazin“. An diesem Ort galten sie als geordnet, zugänglich und sicher

beitet, Akteneinsicht nur zögerlich und lückenhaft gewährt und weitgehend hinhaltend agiert, so dass der ehemalige Heiminsasse Rolf Breitfeld in seiner Eröffnungsrede gar darum bat, „die Namen Bökel, Schüler und Gorrissen von der Liste der Unterstützer zu streichen.“ Vgl. die Eröffnungsrede von Rolf Breitfeld, veröffentlicht auf der Homepage der Ausstellung: www.fuer-sorge-erziehung.de/pages/index/17 (24.9.2010).

6. Wie Anm. 3.

7. Vgl. Thomas Pusch/Eckhard Colmorgen, Vorwort, S. 9f., Karin Ruppel-Diestel/Berthold Diestel, Über Erich Koch. In: ISHZ 33/34 (Festschrift für Erich Koch) (Sept. 1998), S. 11f.



Aufgeschlossenes Publikum: Das Interesse der Besucher in Glückstadt war groß

untergebracht – ein Zustand, der auch nach dem Auszug des Landesjugendheims aus dem Gebäude 1992 weiter vorherrschte.

Das änderte sich erst während des sukzessiven Auszugs der bis 2003 in diesem Gebäude untergebrachten Justizvollzugsschule; nachdem Randalierer im April 2003 in dem schon leerstehenden, abseits gelegenen Gebäude Wasserleitungen demoliert hatten, kam es im Keller zu einem erst Tage später entdeckten Wasserschaden. Auch die dort lagernden umfangreichen Aktenbestände drohten nun in Mitleidenschaft gezogen zu werden, so dass sie – nach einem beherzten Eingreifen Erich Kochs – in einer Ad-hoc-Aktion endlich in das Landesarchiv überführt wurden.

Doch in den dortigen Magazinen wurden diese rund 8.000 Akten nur noch provisorisch eingelagert. Da eine archivarische Einarbeitung in den regulären Bestand des Landesarchivs auch in der Folgezeit unterblieb, gerieten diese brisanten Archivalien mehr und mehr in Vergessenheit und blieben damit auch einer umfassenden Aufarbeitung und historischen Einordnung entzogen.

Erich Kochs aufmerksamer Vermittlungsbemühung war es dann wiederum zu verdanken, dass sich das falsch informierte Sozialministerium in Kiel und das Landesarchiv in Schleswig über den Fortbestand der geretteten Schleswiger Akten aus dem Paulihof in Verbindung setzten, als im Mai 2007 aus der



Intensive Beschäftigung: Warten an den ausgiebig genutzten Informationsangeboten

Öffentlichkeit Interesse an Überlieferungen aus der ehemaligen staatlichen Landesfürsorge Schleswig-Holsteins laut wurde.

Erst nachdem diese Archivalien im Sommer 2008 mit finanzieller Unterstützung des Sozialministeriums in den Bestand des Landesarchivs eingearbeitet worden waren,⁸ war es möglich, auf der umfangreichen Grundlage dieser rund 8.000 überwiegend Einzelfallakten – davon 3.120 aus dem „Landesfürsorgeheim Glückstadt“⁹ – eine systematische Analyse und Auswer-

tung von Konzeption, Praxis und Methoden der Fürsorgeerziehung nach strukturellen, materiellen und personellen Bedingungen vorzunehmen und damit sowohl die konkreten Lebensbedingungen der Zöglinge als auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rekonstruieren.

Ebenso war erst jetzt eine präzise Einordnung der Geschichte des Landesfürsorgeheims in die fachlichen, fachpolitischen und sozialgeschichtlichen Entwicklungen des Landes Schleswig-Holstein und der

8. Für die Aufnahme der rund 8.000 Akten wurden vom Landesministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren zwei befristete Archivkräfte eingestellt und in das Landesarchiv Schleswig abgeordnet, vgl. Dokumentation des Runden Tisches mit ehemaligen Fürsorgezöglingen aus dem „Landesfürsorgeheim Glückstadt“ am 19. Januar 2008 im Landeshaus Kiel, S. 37.

9. Aktueller Bestand im Landesarchiv Schleswig-Holstein: LAS Abt. 372: Korrekationsanstalt Glückstadt.



Aktives Engagement: Rolf Breiffeld in Glückstadt

Bundesrepublik möglich. Letzten Endes resultierte in gleichem Maße die Realisierung der Ausstellung „FÜR.SORGE.ERZIEHUNG“ mit der zugehörigen Publikation¹⁰ aus dem Bestand der geretteten Akten.

Am 18. Mai 2010 wurde schließlich mit der Eröffnung der als Wanderausstellung konzipierten Schau auf ihrer ersten Station im Kieler Landeshaus der Auftrag zur „öffentlichen Präsentation“ in die Realität umgesetzt. In ihren Eröffnungsreden benannten Sozialminis-

ter Heiner Garg und seine Amtsvorgängerin, Landtagsvizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht, ebenso wie der Projektleiter Prof. Dr. Christian Schraper in seiner Einführung in die Ausstellung noch einmal die beklagenswerten Missstände im „Landesfürsorgeheim Glückstadt“ und das Versagen der damaligen Politik, unter dessen traumatisierenden Auswirkungen die ehemaligen Heimbewohner bis heute zu leiden hätten.

Die Redner betonten zugleich ihre Dankesschuld gegenüber den ehemaligen Heimzöglingen, deren Bereitschaft zur Mitarbeit an der Aufarbeitung Anerkennung verdiene und zugleich ein wichtiger Beitrag zur Verhinderung denkbarer ähnlicher Fehlentwicklungen in der Zukunft – wie beispielsweise der Einrichtung geschlossener Jugendheime – sei.

In seiner anschließenden Rede brachte der ehemalige Heimzögling Rolf Breiffeld dann noch einmal seine einschneidenden Erfahrungen mit der Glückstädter Einrichtung aus den Jahren 1965 und 1966 in Erinnerung. Erst jetzt, in den Erinnerungen eines „Zeitzeugen“, kamen auf dieser Eröffnungsveranstaltung auch die unsäglichen Kontinuitäten aus der Zeit der NS-Diktatur zur Sprache. Konkret beklagte Breiffeld, dass in Glückstadt nach 1945 ehemalige KZ-Wärter und Wachtmeister aus der NS-Zeit völ-

¹⁰ Irene Johns, Christian Schraper (Hg.), Landesfürsorgeheim Glückstadt 1949–1974. Bewohner – Geschichte – Konzeption. Neumünster 2010 (Buch und CD).

lig selbstverständlich als „Erzieher“ von Jugendlichen und Kindern eingesetzt worden seien, die sich überhaupt nichts hätten zuschulden kommen lassen und oftmals nur deshalb in die Mühlen staatlicher „Erziehung“ geraten waren, weil sie von überforderten Eltern oder Pflegeeltern vernachlässigt worden seien. Breitfeld zufolge gab es „im Landesfürsorgeheim immer eine Kontinuität zur NS-Zeit, zum Arbeitshaus und zum KZ. Fürsorgezöglinge haben für dieselben privaten Firmen Zwangsarbeit geleistet wie zuvor dort die KZ-Häftlinge und die bis Kriegsende dort untergebrachten Zwangsarbeiter.“

Rolf Breitfeld weiter: „Da wurden nach Kriegsende wohl alte Seilschaften aktiviert. Die Arrestzellen waren noch im selben Zustand, als hätte die Gestapo sie gerade verlassen. Ich habe noch auf Matratzen mit aufgedrucktem Reichsadler und Hakenkreuz geschlafen. Glückstadt war ein knallhart profitorientierter Wirtschaftsbetrieb. Sogenannte ‚Besserung‘ wurde einzig über Arbeitsleistung definiert. Dort wurde nicht erzogen, sondern weggesperrt. Wie sich aus den Akten ergibt, hat das Land SH von dieser Ausbeutung vielleicht nicht besonders profitiert, um so mehr jedoch die privaten Firmen.“¹¹ Auch in der Einleitung

der Ausstellung selbst werden Fragen nach der „Kontinuität des nationalsozialistischen Arbeitserziehungslagers“ gestellt.

Aufgeteilt auf neun Raumquader gliedert die Präsentation das Thema der einstigen Fürsorgeerziehung – ausstellungsdidaktisch geschickt und sehr übersichtlich aufgebaut – in folgende Aspekte:

- Für.Sorge.Einweisung
- Für.Sorge.Geschichte
- Für.Sorge.Heim
- Für.Sorge.Alltag
- Für.Sorge.Haft
- Für.Sorge.Gewalt
- Für.Sorge.Stigma
- Kinder.Für.Sorge
- Für.Sorge.Entschädigung

In allen Kapiteln wird der Ausstellungsbesucher mittels Darstellungen, Zitaten, Quellen, Fotos und Grafiken auf den anschaulich gestalteten Themenwänden über die Vorgeschichte, die Zustände und die Folgen der Fürsorgeerziehung informiert.

Zudem konfrontieren ihn Interviews – vorwiegend mit ehemaligen Heimkindern – über (in die neun Raumquader integrierte) Monitore und Kopfhörer mit den teilweise sehr berührenden Erlebnissen mit und Konsequenzen aus einstiger

11. Eröffnungsrede Rolf Breitfeld, wie Anm. 5.

12. Die begleitende Website führt in das Thema ein und stellt ausführlich die einzelnen Kapitel vor. Ebenso wird dort der Ausstellungskatalog mit DVD angeboten und über die künftigen Termine der Ausstellung informiert. Auch Presseberichte, die Liste der Sponsoren sowie Infos zu Hintergründen und Diskussionen finden sich unter: www.fuer-sorge-erziehung.de/de/die-ausstellung (24.9.2010).



Historische Achse: Egal zu welcher Zeit – das Glückstädter Gebäude war ein Ort der Repression

staatlicher Fürsorgeerziehung. Ein 24-seitiges kostenloses Begleitheft mit einer Kurzfassung aller neun Kapitel und eine eingehende Internetpräsenz¹² begleiten die Ausstellung, die nach dem Kieler Landeshaus bislang Station in den Räumen der Kieler Sparkassenakademie, im Berufsbildungszentrum Schleswig, in der Rendsburger Hauptstelle der Sparkasse Mittelholstein und in der Neumünsteraner Hauptfiliale der Sparkasse Südholstein gemacht hat.

Zu den Eingangsfragen nach der Kontinuität aus der Zeit des Nationalsozialismus erfährt der Ausstellungsbesucher – neben den einschlägigen Erlebnissen der inter-

viewten ehemaligen Heiminsassen und nachdem die Verwendung der Landesarbeitsanstalt als „Wildes KZ“ 1933/34 und als Arbeitererziehungslager 1943 thematisiert wird – kaum weitere Fakten.¹³ Nur im 3. Kapitel „Für.Sorge.Geschichte / Von der Korrekptionsanstalt zum Landesfürsorgeheim“ wird offenbart, dass sich das Personal nach 1945 nahezu unverändert aus vormaligen NS-Aufsichten und Wachtmeistern zusammensetzte und dieses auch in späteren Jahren über keinerlei pädagogischen Qualifizierungen verfügte.

Weiterführende Informationen hierzu erhält der Interessierte erst

¹³ Hingegen wirkt die ausgestellte, vermeintlich einzige aus NS-Zeiten erhalten gebliebene Blankokarteikarte, die vorgeblich noch im Landesfürsorgeheim Glückstadt 1969 bedenkenlos Verwendung fand und deren Echtheit im Kapitel 2 der Ausstellung in aller Breite diskutiert und angezweifelt wird, auf den unvorbereiteten Ausstellungsbesucher sogar irritierend.

Für Glückstadt verantwortlich

Hans-Adolf Asbach, Sozialminister
(18.9.1904 Demmin/Pommern –
31.3.1976 Eutin/Schleswig-Holstein)



Der studierte Jurist Asbach trat im Mai 1933 der NSDAP (1934/35 auch der SA) bei. Ab 1934 wirkte er als Rechtsberater der Deutschen Arbeitsfront (DAF) in Stettin und leitete ab 1939 das dortige Sozialamt. Anfang 1940 wechselte Asbach in die „Innere Verwaltung“ bei der Regierung des Generalgouvernements in Polen nach Krakau, um dann zwischen Oktober 1940 und Juli 1941 den Posten eines kommissarischen Kreishauptmanns in Janow zu besetzen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde Asbach zunächst als Referent nach Galizien

versetzt, das Anfang August 1941 als fünfter Distrikt unter die Verwaltung des Generalgouvernements fiel. Nach einem kurzen Aufenthalt in Lemberg besetzte Asbach abermals den Posten des Kreishauptmanns, zunächst in Rohatyn, ab Oktober 1941 in Brzezany.

Bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht im Februar 1943 war Asbach als maßgeblicher Verantwortlicher der regionalen Zivilverwaltung unmittelbar und aktiv in die Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung in seinem Kreis verstrickt. Neben administrativen Maßnahmen zur Ausgrenzung und Ausbeutung der jüdischen Einwohner, u. a. durch die Errichtung von Zwangsarbeitslagern und Ghettos in Brzezany, war der Kreishauptmann Asbach zwischen September 1941 und Januar 1943 maßgeblich an den Deportationen in Vernichtungslager und z. T. eigenhändig auch bei den Erschießungen tausender Juden beteiligt. In den letzten Kriegstagen geriet der Wehrmachtssoldat Asbach in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er jedoch bereits nach wenigen Wochen wieder entlassen wurde.

Im Sommer 1945 zog Asbach nach Schleswig-Holstein und arbeitete in Rixdorf (Kreis Plön) zunächst als Landarbeiter und Maurer. Der bekennende Gegner einer „Entnazifizierung“ ging 1947 aus seinem Entnazifizierungsverfahren als „Unbelastet“ (Kategorie V) hervor und betätigte sich anschließend wieder als Sozialreferent, nun bei der „Pommerschen Landsmannschaft in Westdeutschland“. Zugleich war er beteiligt

an der Gründung des „Gesamtdeutschen Blocks/Bund der Heimatlosen und Entrechteten“ (GB/BHE), dessen schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender er 1954 wurde. Mit der Fusion von GB/BHE und Deutscher Partei (DP) 1961 wurde Asbach Mitglied der neu entstandenen Gesamtdeutschen Partei (GDP). Von 1950 bis 1962 vertrat Asbach als Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags zudem den Wahlkreis Eutin-Ost.

Nach der Landtagswahl von 1950 übernahm der BHE-Politiker Asbach in der CDU/BHE/FDP/DP-Regierungskoalition das Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene, das er (unter den CDU-Ministerpräsidenten Walther Bartram, Friedrich Wilhelm Lübke und Kai-Uwe von Hassel) bis 1957 besetzte. In seinen Verantwortungsbereich als Sozialminister gehörte – als einziges – das „Landesfürsorgeheim Glückstadt“, während alle anderen Landesjugendheime (Selent, Heiligenstedten, Schleswig) dem Landesjugendamt unterstanden, das seinerseits dem Ministerium für Volksbildung (ab 1951: Kultusministerium) unterstand. Nach seinem Rücktritt als Landesminister wirkte Asbach von 1958 bis 1961 noch als stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und arbeitete bis zu seiner Verrentung 1964 als Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Nordmark.

Obwohl Asbachs Mittäterschaft an der Ermordung der osteuropäischen Juden schon 1951 rüchbar wurde, kam es erst zehn Jahre später zu ersten Vorermittlungen und ab 1964 zu einem regulären Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Kiel. Doch nach Jahren zögerlicher und systematisch verschleppter Ermittlungen beantragte die Staatsanwaltschaft Ende 1975 Asbach außer Verfolgung zu setzen. Am 25. März 1976 kam das Lübecker Landgericht diesem Antrag nach.

Literatur:

Bogdan Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Wiesbaden 1999.

Ernst Klee, Hans-Adolf Asbach: Jurist. In: Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Frankfurt/Main 2003, S. 19.

Arne Bewerdorf, Hans Adolf Asbach. Eine Nachkriegskarriere: Vom Kreishauptmann zum Landessozialminister. In: Demokratische Geschichte Bd. 19, Kiel 2008, S. 72 - 112.

Bettina Dioum, Privatarchiv des früheren Sozialministers Asbach jetzt im Landesarchiv. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Schönberg/H. 2008.

aus dem Begleitband zur Ausstellung,¹⁴ der in einem gesonderten Kapitel „Die Mitarbeiter der Landesarbeitsanstalt/des Landesfürsorgeheims in Glückstadt“ (S. 285ff.) vorstellt und ab Seite 316 auch Beispiele „Zur nationalsozialistischen Vergangenheit von Angehörigen des Aufsichts- und Erziehungspersonals der Landesarbeitsanstalt/des Landesfürsorgeheims“ anführt. Danach konnten ehemalige NS-Funktionsträger im LFH Glückstadt nach kurzer Unterbrechung durch eine weitgehend wirkungslose Entnazifizierung ihre Berufskarrieren zunächst als Wachtmeister i. d. R. wieder aufnehmen und wurden anschließend rundweg sogar zu „Erziehern“ aufgewertet. Das Phänomen einer virulenten „Re-Nazifizierung“ in etlichen Berufsgruppen bleibt jedoch in Schleswig-Holstein wie im gesamten Bundesgebiet der Nachkriegszeit zu beobachten.

Hingegen darf die mangelnde Aufarbeitung der Verantwortung ehemaliger NS-Funktionselemente in der schleswig-holsteinischen (Sozial-) Politik in Ausstellung und Katalog als Desiderat gelten: So wäre es z.B. interessant zu erfahren, welche vorherrschenden Einstellungen, Haltungen und politischen Erfahrungen – schlicht welches Menschenbild

– aus der Zeit des Nationalsozialismus etwa von Landesregierungspolitikern, insbesondere Sozialministern und Jugendamtsleitern, sich in der konkreten (Jugendfürsorge-) Politik niederschlug und welche unmittelbaren Auswirkungen dies auf der untersten Ebene ihres Wirkens zeitigte – auf die Heimzöglinge selbst.

Wie sehr ehemalige Zöglinge noch heute unter diesem menschenverachtenden „Pädagogik“-Verständnis leiden, ist nicht zuletzt an dem mühevollen Einsatz abzulesen, mit dem sich Betroffene für eine historische Richtigstellung und für ihre Rehabilitation engagieren. Zu diesem Einsatz zählt die unermüdlige und ehrenamtliche Teilnahme an zahlreichen Runden Tischen u. a. in Kiel und Berlin ebenso wie die ständige Bereitschaft zu öffentlichen Diskussionen und Beiträgen, eigenständigen Nachforschungen in Archiven und Behörden und die Koordination zwischen den Betroffenen untereinander, die über einen eigenen Verein¹⁵ und privat betriebene Internet-Blogs¹⁶ erfolgt.

Mitunter sind zur Aufklärung von Missständen, Fehlinformationen und Vorurteilen auch unkonventionelle Aktionen vonnöten: So korrigierten die beiden

14. Wie Anm. 10.

15. Die Interessensvertretung „Verein ehemaliger Heimkinder e. V.“ gründete sich im Oktober 2004 und betreibt eine eigene Homepage: www.veh-ev.info/pages/der-verein.php. Im April 2010 gründete sich in Kiel zwischenzeitlich der „Verein ehemaliger Heimkinder Schleswig-Holstein e. V.“.

16. Siehe die Website-Blogs „Ehemalige Heimkinder“ heimkinderopfer.blogspot.com/ und „Heimkinder-Ueberlebende“ www.heimkinder-ueberlebende.org/ (24.9.2010).



Die hier angebrachte Gedenktafel ist unvollständig und dient der Geschichtsfälschung.

Die Korrektionsanstalt wurde schon 1925 in Landesarbeitsanstalt umbenannt und war ein Arbeitshaus. 1933-1934 war in diesem Gebäude ein sogenanntes "Wildes KZ". Die KZ-Insassen wurden von eigens zu diesem Zweck zu Hilfspolizisten ernannten SA-Männern bewacht. Das KZ wurde 1934 geschlossen und die KZ-Wärter wurden vom Arbeitshaus als Wachtmeister übernommen. Bis 1945 waren hier Zwangsarbeiter eingesperrt.

1949 wurde die Landesarbeitsanstalt in Landesfürsorgeheim Glückstadt umbenannt. Ab diesem Zeitpunkt wurden hier Fürsorgezöglinge eingewiesen.

Gleichzeitig waren hier entmündigte Volljährige untergebracht. Das Personal wurde nicht ausgewechselt. KZ-Wärter und Wachtmeister wurden als "Erzieher" übernommen.

Diese Anstalt wurde wie ein KZ und Arbeitshaus weiterbetrieben. Fürsorgezöglinge haben, hinter Gittern und wie Sträflinge bewacht, für die selben privaten Firmen wie zuvor die KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter ebenfalls Zwangsarbeit leisten müssen. Es gab Prügel und Isolationshaft in Zellen die schon die Gestapo genutzt hat.

Im KZ Glückstadt gab es nachweislich keine Toten. Im Landesfürsorgeheim Glückstadt wurden 6 Menschen in den Suizid getrieben.

Dieter Funk 26.09.1956
Manfred Reiß 01.06.1962
Harry Radunz 31.05.1969
Rita Anna Hansen 23.05.1973
Wolfgang Neumann 02.06.1973
Elfi-Marieta Goeppfert 27.12.1973

Ferdinand Ellerwald wurde 1966 in der Nähe von Hodorf auf der Flucht erschossen.

Todesfälle wurden ungenügend dokumentiert, es ist nicht auszuschließen dass es noch mehr Tote gab.

Historische Korrektur: Protestplakat am Nachfolgegebäude des Landesfürsorgeheims Glückstadt. Inzwischen wurde an dieser Stelle eine neue Gedenktafel angebracht

ehemaligen Insassen des Glückstädter „Jugendfürsorgeheims“, Rolf Breitfeld und Otto Behnck, kurz vor der Eröffnung der Wanderausstellung in Glückstadt am 26. September 2010 den Text der Bronzetafel, der am Nachfolgebau des abgebrochenen Arbeitshausgebäudes nur unzulänglich über das Geschehen vor Ort informiert. Hierauf steht bis heute zu lesen: „Zur mahnenden Erinnerung / In den Jahren 1933–1945 waren hier in der ehemaligen Korrekptionsanstalt Gegner des NS-Regimes unter [m]enschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert / Das Gebäude wurde 1979–1980 abgerissen“.

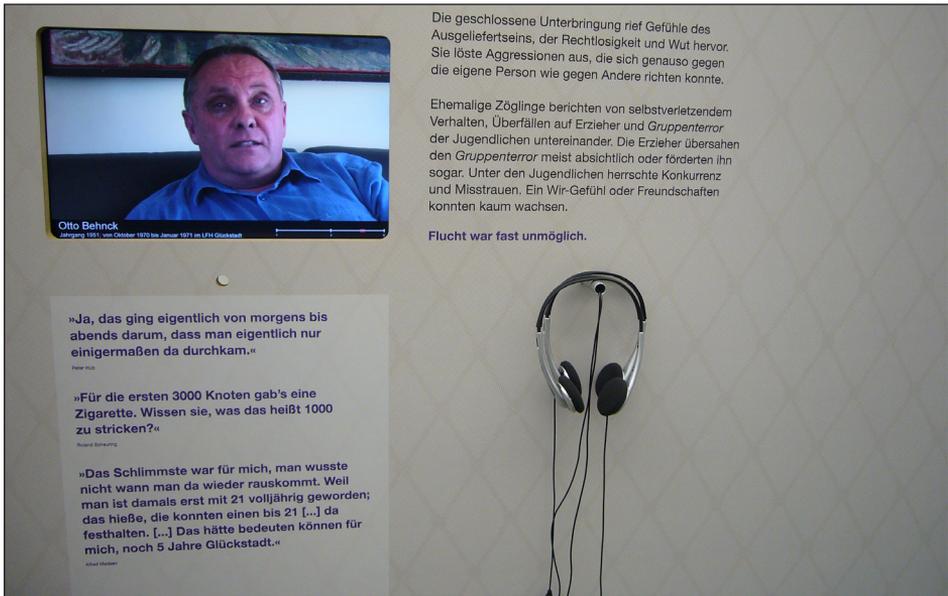
Das darunter aufgehängte Plakat der beiden Aktivisten stellt dagegen richtig: „Die hier angebrachte Gedenktafel ist unvollständig und dient der Geschichtsfälschung. Die Korrekptionsanstalt wurde schon 1925 in Landesarbeitsanstalt umbenannt und war ein Arbeitshaus. 1933–1945 war in diesem Haus ein sogenanntes ‚Wildes KZ‘. Die KZ-Insassen wurden von eigens zu diesem Zweck zu Hilfspolizisten ernannten SA-Männern bewacht. Das KZ wurde 1934 geschlossen und die KZ-Wärter wurden vom Arbeitshaus als Wachtmeister übernommen. Bis 1945 waren hier Zwangsarbeiter eingesperrt.

1949 wurde die Landesarbeitsanstalt in Landesfürsorgeheim Glückstadt umbenannt. Ab diesem Zeitpunkt wurden hier Fürsorgezöglinge eingewiesen. Gleichzeitig

waren hier entmündigte Volljährige untergebracht. Das Personal wurde nicht ausgewechselt. KZ-Wärter und Wachtmeister wurden als „Erzieher“ übernommen.

Diese Anstalt wurde wie ein KZ und Arbeitshaus weiterbetrieben. Fürsorgezöglinge haben, hinter Gittern und wie Sträflinge bewacht, für die selben privaten Firmen wie zuvor die KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter ebenfalls Zwangsarbeit leisten müssen. Es gab Prügel und Isolationshaft in Zellen die schon die Gestapo genutzt hat. Im KZ Glückstadt gab es nachweislich keine Toten. Im Landesfürsorgeheim Glückstadt wurden 6 Menschen in den Suizid getrieben. Dieter Funk 26.9.1956 / Manfred Reiß 01.06.1962 / Harry Radunz 31.05.1969 / Rita Anna Hansen 23.05.1973 / Wolfgang Neumann 02.06.1973 / Elfi-Marieta Goepfert 27.12.1973 / Ferdinand Ellerwald wurde 1966 in der Nähe von Hodorf auf der Flucht erschossen. Todesfälle wurden ungenügend dokumentiert, es ist nicht auszuschließen dass es noch mehr Tote gab.“

Auf der feierlichen und umfassend vorbereiteten Ausstellungseröffnung im Glückstädter Detlefsen-Museum schilderte Rolf Breitfeld im Anschluss seine fast zweijährige „sinnlose Zeit in einem ‚Kinderzuchthaus‘“. Anders als an früheren Stationen der Wanderausstellung fand die Eröffnung im übervollen Glückstädter Detlefsen-Museum nun mit einem offiziellen Rah-



Alle Fotos: Nils Hinrichsen/AREUS. Die Aufnahmen entstanden in Neumünster und Glückstadt

Personalisierung: Die Themen werden durch Einbeziehung von Betroffenen dokumentiert

menprogramm und den weiteren Reden der Museumsleiterin Catharina Berents, des Kreispräsidenten Hans-Friedrich Tiemann, und des Projektleiters Christian Schrapper vor großem Publikum statt, während die Ausstellung beispielsweise in Schleswig noch schlichtweg unkommentiert aufgestellt und kaum beworben worden war.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ausstellung „zur Geschichte der Fürsorgeerziehung in Schleswig-Holstein 1945–1975“ an ihren künftigen Stationen¹⁷ eine ebensolche öffentliche Wahrnehmung erfährt und ihrem Auftrag gemäß aufklärend wirken kann. Festzu-

halten gilt ebenso, dass Ausstellung und Katalog nur der Anfang einer Aufarbeitung dieses schwarzen Kapitels aus den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik sein kann, eine Feststellung, die in gleichem Maße für die NS-Kontinuitäten des „Landesfürsorgeheims Glückstadt“ gilt.

Nils Hinrichsen

Irene Johns/Christian Schrapper (Hg.), Landesfürsorgeheim Glückstadt 1949–1974. Bewohner – Geschichte – Konzeption. Neumünster: Wachholtz 2010 (= Zeit + Geschichte, 18), mit zahlreichen Abb. und einer DVD (mit den vollständigen Interviews). 372 S.

112

17. Als nachfolgende Stationen waren das Kreishaus in Pinneberg, das Plöner Kulturforum, das Rathaus Kiel, das Berufsbildungszentrum Mölln und das Landgericht Itzehoe gebucht (Stand: September 2010); weitere Ausstellungsorte sind in Planung.

Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“?

Kurzvorstellung eines niedersächsischen Verbundprojektes

Wie kaum ein anderer Begriff wurde „Volksgemeinschaft“ während der NS-Zeit verbreitet, ja geradezu inflationär gebraucht. In vielen politischen und propagandistischen Reden und Texten durfte „Volksgemeinschaft“ schlichtweg nicht fehlen und avancierte auf diese Weise zu einem Synonym für die NS-Herrschaft schlechthin.

Galt der zeitgenössische Bezug auf die „Volksgemeinschaft“ für die frühe NS-Forschung der 1980er Jahre noch als reine propagandistische „Fassadenkunst“ (etwa für Detlev Peukert in *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde*, 1982), so haben neuere Forschungen wie beispielsweise Michael Wildts Studie *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung* (2007) die gesellschaftliche Bindekraft des Vergemeinschaftungs-Versprechens aufzeigen können. Volksgemeinschaft sollte keineswegs eine egalitäre Gesellschaft verkünden, denn der Nationalsozialismus lehnte die in der Französischen Revolution proklamierte demokratisch gedachte Gleichheit kategorisch ab und sah vielmehr viele Führer und noch mehr Gefolgschaft vor.

Volksgemeinschaft stand zudem – und dies ganz zentral – für das rassistische Konzept des „Dritten Reichs“, für die Förderung bis Disziplinierung der „Volksgenossen“ und für die gleichzeitige Stig-

matisierung und Verfolgung von (deutschen) Juden und anderen ethnischen und sozialen Gruppen.

„Volksgemeinschaft“ bereitet als geschichtswissenschaftliche Analysekategorie einige Probleme, da der Begriff zeitgenössisch emotional stark aufgeladen war. Trotz des unermüdlichen Gebrauchs während der NS-Zeit bietet die Volksgemeinschaft als geschichtswissenschaftliche Kategorie aber einen Zugang, der nicht nach der nationalsozialistischen Durchdringung der deutschen Gesellschaft fragt oder Nationalsozialisten und Deutsche trennscharf voneinander unterscheiden möchte. Vielmehr kommt die soziale Praxis in den Blick, die oftmals eine situative Verortung erkennen lässt, womit in der historischen Analyse die stark zentralisierte Politik des NS-Regimes mit lokalen Initiativen verbunden werden kann. Grundsätzlich reflektiert die Kategorie „Volksgemeinschaft“ zudem das enge Spannungsverhältnis von Inklusion und Exklusion und berührt damit den Kern nationalsozialistischer Politik.

Seit 2009 geht das niedersächsische Forschungskolleg „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘? Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort“ der Frage nach, wie sich in Niedersachsen, im Lokalen und in der Region, die „Volksgemein-



Suggerierte Volksgemeinschaft: zeitgenössische Briefmarken fungieren als Projektionsfläche für Ideologie

schaft“ konstituiert hat. Das Forschungskolleg – dessen Sprecher Detlef Schmiechen-Ackermann ist – arbeitet als Verbundprojekt an den niedersächsischen Universitäten Hannover, Oldenburg, Göttingen und Osnabrück. Es besteht aus insgesamt zehn verschiedenen Teilprojekten, die in unterschiedlichen thematischen Feldern wie Justiz, Repräsentationen, Schule, Kirche, Lager, Militär, der SA, Migration

und Landwirtschaft Vergemeinschaftungsprozesse und Ausschlussmechanismen während des „Dritten Reichs“ und in der Nachkriegszeit untersuchen.

Allen Projekten gemeinsam ist, dass nach den jeweiligen Akteuren der Konstruktion von „Volksgemeinschaft“ gefragt wird und dass sie niedersächsische Untersuchungsorte ins Zentrum stellen. Das Gebiet des heutigen Bundeslandes Niedersachsen, das während der NS-Zeit aus den Gauen Osthanover, Südhannover-Braunschweig und Weser-Ems bestand, eignet sich als Untersuchungsraum in besonderer Weise, da dort spezifisch ländliche und städtische Regionen existierten und sowohl die evangelische als auch katholische Konfession vertreten war.

Das Forschungskolleg organisiert regelmäßig Tagungen, Workshops und andere Veranstaltungen und verfügt über eine eigene Schriftenreihe, in der Zwischenergebnisse und später Abschlussarbeiten aus dem Kreis der Kollegiatinnen und Kollegiaten veröffentlicht werden sollen. Weitere Informationen über die Teilprojekte und die beteiligten Personen finden sich im Internet auf der Seite www.foko-ns.de

Lars Amenda



Würdigung und Anerkennung: Christian Sörensen bei der Preisübergabe im Schloss vor Husum

„Kulturelle Verdienste um Nordfriesland“

Verleihung des Hans-Momsen-Preises 2010 an Dr. Christian M. Sörensen aus Mildstedt

Am 24. Oktober 2010 wurde dem engagierten nordfriesischen Regionalhistoriker Dr. Christian Martin Sörensen im Schloss vor Husum die höchste Kulturauszeichnung des Kreises Nordfriesland verliehen: der seit 1986 vergebene Hans-Momsen-Preis „für kulturelle Verdienste um das kulturelle Leben in Nordfriesland“. Damit wird das umfangreiche historisch-publizistische Wirken Sörensens gewürdigt.

Der gebürtige Drelsdorfer Bauernsohn und langjährige Englisch- und Geschichtslehrer an einer Husumer Schule ist seit Jahrzehnten ehrenamtlich in der regiona-

len historischen Forschung aktiv: So veröffentlichte er als Leiter des „Arbeitskreises Mildstedter Chronik“ über ein Dutzend Hefte und widmete sich als Leiter des Redaktionsausschusses – ebenfalls ehrenamtlich – den *Beiträge[n] zur Husumer Stadtgeschichte*; am Nordfriisk Instituut in Bredstedt stand er lange Jahre der Arbeitsgemeinschaft Geschichte vor und arbeitete zugleich in der Arbeitsgemeinschaft Schleswigsche Geest, beim Nordfriesischen Verein und im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund mit.

Als seine besondere Leistung bleibt jedoch das frühe Engagement

in der Erforschung des rapiden Aufstiegs der NSDAP in Nordfriesland hervorzuheben. Als Pionier in Nordfriesland erarbeitete Sörensen 1983 aus seiner frühen Auseinandersetzung mit dem lange geschmähten Thema eine erste Studie¹, aus der dann in nachfolgenden Jahren die umfangstarke Dissertation „Politische Entwicklung und Aufstieg der NSDAP in den Kreisen Husum und Eiderstedt“² wurde. So liegt es nahe, dass Sörensen seit vielen Jahren Mitglied auch im AKENS ist.

Die Laudatio und die feierliche Preisübergabe im übervollen Festsaal des Husumer Schlosses vollzog nach einer Begrüßung durch den Landrat des Kreises Nordfriesland, Dieter Harrsen, der Kreispräsident

Albert Pahl, der zunächst den Lebensweg Sörensens nachzeichnete und dann dessen vielfältige Forschungsinteressen aufzählte.

Nach den Dankesworten des Preisträgers – wie von allen seinen Vorrednern zunächst auf Plattdeutsch gesprochen – wechselte Sörensen für seine anschließenden drei „Anmerkungen“ zu seinen Mildstedter Studien, seinen Forschungen zu den Anfängen der NSDAP in Nordfriesland und zu den historischen Ortsnamen der Region ins Hochdeutsche.

Musikalische Beiträge des Norstedter Gesangstrios „Landlicht“ und ein abschließender Sektempfang rundeten die Veranstaltung ab.

Nils Hinrichsen

„mit dem Holocaust angemessen umgehen“

Neue Gedenkstätte am Ort der ehemaligen Elmshorner Synagoge

Über einhundert Menschen, darunter viele Mitglieder der heutigen jüdischen Gemeinde, nahmen am 9. November an der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht 9./10. November 1938 und der damit verbundenen Einweihung des neu gestalteten Quartiers Schleusengra-

ben in der Elmshorner Innenstadt teil. Anwesend waren auch Vertreter der Stadt sowie Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek.

Drei Jahre lang hatte sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bau- und Kulturamt, der jüdischen Gemeinde Elmshorn, dem Flächen-

1. Christian M. Sörensen, Der Aufstieg der NSDAP in Husum. Zur politischen Entwicklung einer Kleinstadt 1918–1933. Bredstedt 1983.

2. Christian M. Sörensen, Politische Entwicklung und Aufstieg der NSDAP in den Kreisen Husum und Eiderstedt 1918–1933. Neumünster 1995. Vgl. auch: ders., Bürgerliches Lager und NSDAP in Husum bis 1933. In: Erich Hoffmann/Peter Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983, S. 73-116; ders., Zur NS-Herrschaft in Husum. Gleichschaltung, SA-Ausschreitungen gegen Freimaurer (1934), Verfolgungen. In: Beiträge zur Husumer Stadtgeschichte, Heft 6, (1998), S. 84-116; ders., Das Schicksal des „Halbjuden“ Carl Cohn und seiner Familie. In: Beiträge zur Husumer Stadtgeschichte, Heft 8 (2002), S. 118-122.



Denkanstöße: Gedenkort an der Stätte der 1938 zerstörten Synagoge am Flamweg in Elmshorn

management, dem Kinder- und Jugendbeirat sowie der Neuen Lübecker Wohnungsbaugesellschaft damit befasst, wie der Platz rund um das Gebiet der von den Nazis 1938 angezündeten Elmshorner Synagoge im Rahmen des Stadtumbaus neu gestaltet werden könnte.

Neben dem bereits seit 1982 vorhandenen Gedenkstein mit Klageliedern wurden auf dem Gelände außerdem sieben Stelen aufgestellt, die Zitate jüdischer Schriftsteller tragen und abends von innen beleuchtet werden. Die Gedenkstätte ist fast deckungsgleich mit dem ehemaligen Grundstück der Synagoge, und die Stelen lassen sich mit den Grundpfeilern des damaligen jüdischen Gotteshauses assoziieren. Umgeben ist der Gedenk- und Ru-

heplatz nördlich und südlich von Spielflächen für Kinder und Jugendliche, Parkplatzflächen sowie einem Gingko-Hain.

„Es fällt immer noch schwer, mit dem Holocaust angemessen umzugehen“

Stadtrat Volker Hatje wies in seiner Ansprache darauf hin, dass die Elmshorner Synagoge nach einem Augenzeugenbericht gegen drei Uhr morgens in Brand gesetzt, der Alarm für die Feuerwehr jedoch erst gegen 5.15 Uhr ausgelöst wurde. „Mit den Löscharbeiten wurde nur zögerlich begonnen, und auch erst dann, als das Feuer bereits auf die benachbarten Wohngebäude übergreifen drohte.“ In dieser

Nacht wurde die jüdische Gemeinde Elmshorn, deren Wurzeln bis in das Jahr 1685 zurückreichen, vollständig ausgelöscht.

Heute gebe es nun wieder eine jüdische Gemeinde in Elmshorn, und diese Tatsache zeige, so Hatje, „dass wir auf dem richtigen Weg sind.“ Gleichwohl müssten wir uns gerade an dem heutigen Tage wieder auf die ungelösten Fragen konzentrieren, die der Holocaust zurückgelassen habe. Eine Aufgabe, die es gelte wachzuhalten über alle Generationen hinweg. Und er fragte: „Wie können gewöhnliche Menschen Menschen Derartiges antun, ohne erkennbare Reue über Jahre hinweg? Wie konnten andere zur Seite schauen, denunzieren, stumm applaudieren?“ Tatsächlich falle es immer noch schwer, mit dem Holocaust angemessen umzugehen. Darum müssten wir lernen, die Vergangenheit anzunehmen und darüber nachzudenken. „Denn wer vor der Vergangenheit die Augen schließt, wird blind für die Gegenwart.“ Hatje bedankte sich insbesondere bei der jüdischen Gemeinde, die sich mit Ideen und Vorschlägen zur Umgestaltung dieses historischen Ortes aktiv beteiligte.

**„Gedenken heißt nicht nur
Erinnern, sondern auch han-
deln“**

118

Marianne Wilke sprach für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und

zog eine Bilanz der diesjährigen Gedenkveranstaltungen. 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus drohe der Antisemitismus wieder salonfähig zu werden. Der Berliner Historiker Wolfgang Benz spreche davon, dass sich in Umfragen 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung zu antisemitischen Auffassungen bekennen. „Einen traurigen Fall“, so Wilke, „schildert ausgerechnet heute die Presse. Im Prozess gegen den Nazi Zündel nennt die Pflichtverteidigerin des Holocaust-Leugners die Juden als Feindvolk. Zum Glück hat das Gericht die Rechtsanwältin abberufen. Aber in Sachsen und Brandenburg sitzen erklärte Antisemiten im Parlament und können dort als NPD-Fraktion ihre Volksverhetzung von der Tribüne des Landtags verkünden.“

Sie fragte: „Wo bleibt der Aufstand der Anständigen, der so oft gefordert wurde? Wo bleibt er zum Beispiel, wenn an diesem 9. November Neonazis in München durch die Straßen ziehen können, angeblich, weil sie an den Hitlerputsch im Jahre 1923 erinnern wollen. Solange Antifaschismus nicht die höchste moralische gesellschaftliche Anerkennung findet, sind solche Provokationen wie in München und anderswo möglich. Ich freue mich darüber, dass sich hier in Elmshorn ein antifaschistisches Klima erhält, das auch in einer Gedenkstunde wie dieser ihren Ausdruck findet. Gedenken aber heißt nicht nur Erinnern, sondern bedeutet auch

Handeln. Ich wünsche mir zum Beispiel, dass wir in der Verwirklichung der mehrfach schon besprochenen Aktion Stolpersteine in dieser Stadt vorankommen – für die jüdischen NS-Opfer wie für die politische Verfolgten, seien es Kommunisten oder Sozialdemokraten.“

„Wenn wir fragen, was hier einmal war, dann fragen wir auch, was jetzt wieder ist“

Schließlich richtete Walter Blender, Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden, einige Worte an die Teilnehmenden. Mit der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 habe die Judenverfolgung im deutschen Reich eine neue grausame Dimension bekommen. „Aus Elmshorn wurden in der Folge mindestens 39 jüdische Bürger deportiert, und zwar nach Auschwitz, Bergen-Belsen, Trawniki, Minsk, Riga und die meisten nach Theresienstadt. Alles ohne Grund, und niemand hat etwas unternommen...“

Deshalb gebe es so einen Tag wie heute. Deshalb müssten wir uns erinnern. Und deshalb seien Ehrenmale, Mahnmale, Gedenksteine und Gedenktafeln so wichtig. Es habe lange gedauert, bis dieser Ort im Herzen der Stadt endlich das erhielt, was ihm gebühre. „Und wenn wir dann fragen, was hier einmal war, dann fragen wir auch, was jetzt wieder ist. Und dann erhalten

wir zumindest wieder die positive Antwort, dass das jüdische Leben in dieser Stadt wieder existent ist.

Wir Juden schauen sicher noch etwas wehmütiger als Sie auf eine Gedenktafel oder einen Gedenkstein für eine ehemalige Synagoge. Uns wird das Ausmaß der Zerstörung und des Verlustes des allergrößten Teils unserer Kultur dabei drastisch bewusst; nämlich des Verlustes Millionen unserer Brüder und Schwestern, unserer Familien. Vor 325 Jahren wurde die jüdische Gemeinde in dieser Stadt gegründet. Daher, weil dieses Jahr eine Art Jubiläumsjahr für Elmshorner Juden ist, fordere ich nicht, sondern ich bitte und bete, zusammen mit den Elmshorner Juden:

Wäre es nicht zu viel verlangt, wenn wir den nächsten 9. November im Jahre 2011 nicht endlich in einem kleinen Gebetsraum der Jüdischen Gemeinde Elmshorn abhalten können, der trotzdem groß genug für die kleine jüdische Gemeinde Elmshorn ist? Wäre das nicht eine äußerst konstruktive Maßnahme; eine sinnvolle Verbindung von Vorher und Nachher?“

Neben dem Landesrabbiner Dr. Walter Rothschild, der das Kadisch vortrug, umrahmte Stadtkulturpreisträgerin Anna Haentjens die Gedenkfeier am 9. November mit Gedichten der jüdischen Schriftsteller, die auch mit Zitaten auf den Stelen der Gedenkstätte verewigt sind.

Rudi Arendt